



Rückblick und Zukunftsvisionen

Mitte Mai fanden die Wahlen in den vier Länderkammern der Ziviltechniker statt, am 23. September werden die Vorstandsämter der Bundeskammer neu besetzt.

Die Wahlen der Ziviltechnikerkammer 2022 fanden in einer Zeit großer Herausforderungen statt, wie in einem öffentlichen Briefing im Mai zu lesen war: Gesellschaftliche Veränderungen und die Auswirkungen der Coronapandemie, die vor allem im Bausektor spürbar waren, dazu noch der Krieg in der Ukraine, zeigten einmal mehr, wie wichtig Transparenz und Demokratie in selbstständigen Berufsvertretungen sind.

Ein grundsätzliches Ziel der Kammer besteht im Interessenausgleich innerhalb der Berufsgruppen. Allen Ziviltechnikern, von Einzelunternehmern bis zu großen international agierenden Büros, bietet sich die Möglichkeit, mitzuwirken und an der Agenda der Kammer teilzunehmen. Dies macht einen großen Unterschied für einzelne Mitglieder, die sonst allein auf weiter Flur stehen würden. „Gäbe es die Kammern nicht, würde an deren Stelle das angelsächsische Lobbyingsystem treten, das lediglich die finanzstärkeren Mitglieder bevorzugt“, heißt es im Schreiben. Und tatsächlich sind immer stärkere Tendenzen in eine Richtung zu beobachten, die von finanziellen Richtlinien geprägt sind und die Generalunternehmer bei Bauprojekten bevorzugen.

Initiativen

Ein kleiner unvollständiger Rückblick auf die vergangenen vier Jahre zeigt, welche Initiativen die Kammer in Gang gebracht hat. Die Kammer der österreichischen Ziviltechniker ist offizieller Partner und Teilnehmer des EU-weiten Programms „Neues Europäisches Bauhaus“, das den europäischen Green Deal und verstärkten Klimaschutz in der bebauten Umwelt verankert und attraktive, nachhaltige und inklusive Lebensräume fördert. Dies bringt viel Verantwortung und Umdenken mit sich, zu denen man sich mit der Teilnahme verpflichtet. Dem zügellosen Bodenversiegeln kann damit Einhalt geboten werden.

Im April ist die neue Wettbewerbs- und Vergabeplattform für Ziviltechniker online gegangen. Sie wurde aus den bestehenden Seiten architekturwettbewerb.at und bestevergabe.at weiterentwickelt und optisch sowie technisch klarer gestaltet. Durch die technischen Neuerungen entstand eine Schnittstelle zu Open Data und dadurch eine automatische, österreichweite Erfassung der Vergabeverfahren im Oberschwellenbereich. Damit besteht nun eine gemeinsame Bewertungs-Onlineplattform für die Vergaben von Dienstleistungen für Ziviltechniker. Das Konzept der Seite architekturwettbewerb.at wurde auch für Ingenieurdienstleistungen umgesetzt. Mit dem Launch der beiden Websites wird die sektionsübergreifende Zusammenarbeit der Kammer gestärkt.

Die Ziviltechnikerkammer hat ein BIM-Handbuch erstellt, das die Implementierung im eigenen Büro begleitet und zudem detaillierte Informationen zu grundsätzlichen Fragen zu diesem System zur Verfügung stellt. BIM-gestützte Planung und Projektabwicklung wird in Ausschreibungen immer häufiger verlangt. Digitale Einreichungen sollen BIM-basiert erfolgen. Das in Kooperation mit Uni Graz und WKO erarbeitete Handbuch wurde Ende Juni präsentiert und steht unter bimhandbuch.at zum Download zur Verfügung.

Digitalisierung

Von welchen Themen die kommende Funktionsperiode geprägt sein wird, hat mit aktuell anstehenden Projekten zu tun. Internationale und interregionale Kooperationen gehören ebenso dazu wie eine Ausweitung der Tätigkeiten von Gestaltungsbeiräten und ein konsequentes Vorgehen gegen genderbedingte Unterschiede in der Vergütung von Leistungen. Einige Aufgaben folgen aus der Fortführung bestehender Projekte – ein starker Akzent wird auf der Digitalisierung des Einreichungswesens liegen. Das ZT-Archiv gehört als praktisches Instrument zur Abwicklung von Verfahren für Ziviltechniker. Es wird seit 2008 im Auftrag der Republik als hoheitliches elektronisches Urkundenarchiv durch die Bundeskammer geführt und spielt eine wichtige Rolle in der Digitalisierungsstrategie. • Zum Interview mit Evelyn Rudnicki →

Wissen allen zur Verfügung stellen

Die neue Sektionsvorsitzende der „Kammer der ZiviltechnikerInnen, ArchitektInnen und IngenieurInnen für Wien, Niederösterreich und Burgenland“ Evelyn Rudnicki über die volle Agenda ihres Ressorts, neue Projekte und drängende Aufgaben im Baubereich.

Welche sind die wichtigsten Punkte, die sich die Kammer vornimmt?

Ganz oben auf der Agenda stehen die Themen Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung. In einem neuen Ausschuss soll das vorhandene Wissen dazu erarbeitet, gesammelt und anschließend allen zur Verfügung gestellt werden. Wichtig ist dabei auch die Kooperation mit Raum- und Landschaftsplanern. Eine neue OIB-Richtlinie 7 zum Thema nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen im Gebäudesektor wird derzeit angedacht. Wir Architektur-schaffenden möchten in diesen Gestaltungsprozess eingebunden werden. Es werden neue Zertifizierungen notwendig werden, zum Beispiel bezüglich der Verwendung umweltverträglicher Baustoffe und Bauteile, auch in Bezug auf Herstellung und Transport.

Gibt es diese Zertifizierungen nicht schon längst?

Ja, aber in der neuen OIB 7 soll unter anderem geregelt werden, dass ein Bauwerk

Evelyn Rudnicki ist Gründungsmitglied von pool Architektur und seit 1998 Mitglied der Architektenkammer Wien/NÖ/Bgl.



© arching/Sandra Schartel



© Lakeside Park GmbH 2018

derart errichtet oder abgerissen wird, dass natürliche Ressourcen nachhaltig genutzt werden. Baustoffe sollen unter anderem recycelfähig oder auch wieder trennbar sein.

Es gibt auf der europäischen Ebene den New Green Deal, der von vielen österreichischen Architektinnen und Architekten unterzeichnet wurde. Dennoch findet sich als Beilage einer niederösterreichischen Lokalzeitung folgende Anzeige: „Im Weinviertel gibt es so viel Grund, dass wir ihn sogar verkaufen.“ Im Hinblick auf die Rekord-Bodenversiegelung in Österreich erstaunt es, dass solche Parolen noch akzeptabel sind. Das ist natürlich völlig unverständlich. Wir weisen immer wieder darauf hin, dass die derzeitige immense Bodenversiegelung in Österreich nicht akzeptiert werden kann. Da muss gemeinsam, auf vielen Ebenen, noch viel Bewusstsein im Land geschaffen werden. Ein Mosaikstein wäre die vermehrte Schaffung von Gestaltungsbeiräten am Land.

Gestaltungsbeiräte gibt es in manchen Teilen Österreich ja schon länger.

Ja, das stimmt, in den meisten Teilen Österreichs leider aber gar nicht. Unser Vorschlag wäre, für kleinere Gemeinden einen

Ganz oben auf der Agenda stehen die Themen Nachhaltigkeit und Ressourcenschonung beim Planen und Bauen, wie zum Beispiel beim Lakeside Park in Klagenfurt.

„fliegenden Gestaltungsbeirat“ einzurichten, der je nach Bedarf gebucht werden kann. Wir wollen einheitliche Richtlinien und Regeln für den Gestaltungsbeirat implementieren. Dazu zählt beispielsweise, wie ein Gestaltungsbeirat zusammengesetzt ist. Wir wollen mit einem Gestaltungsbeirat die Bürgermeister im Planungsprozess entlasten und unterstützen.

Die Bodenversiegelung würde sich dann möglicherweise etwas reduzieren lassen. Auch mit Flächenumwidmungen könnte anders verfahren werden.

Es braucht ein Gremium, das vom Land bestimmt werden soll. Dieses Gremium berät Gemeinden im Vorfeld, welche Folgen Umwidmungen von Flächen haben.

Wenn es um Reduktion von Grünflächen geht, hört man außerhalb der Stadt schon mal das Argument: „Da oben ist eh der Wald, da gibt es genug Bäume“.

In einer urbanen Umgebung wie Wien ist man in Bezug auf dieses Thema viel sensibler, besonders im Umgang mit Bäumen.

Man braucht eine Genehmigung, um einen Baum zu fällen. Außerdem muss man Ersatzpflanzungen für jeden gefälltten Baum durchführen. Tatsächlich sehen manche Bewohner von kleineren Gemeinden nicht den Wert einzelner Bäume – auch da gilt es, mehr Sensibilität zu erreichen. Große Städte erzeugen aber auch in kleineren umliegenden Gemeinden einen großen Siedlungsdruck. Das Wohnen in der Stadt wird zu teuer und die Familien flüchten aufs Land. Da gehen viel Ackerland und Wiesen verloren, größere Wohnblöcke entstehen neben Einfamilienhäusern.

... während bestehende Dörfer veröden.

Diesen Effekt erlebt man hauptsächlich, wenn an den Siedlungsändern von Gemeinden Supermärkte und Gewerbe angesiedelt werden. Dörfer müssen aber im Zentrum wiederbelebt und verdichtet werden. Es gibt einige vorbildliche Projekte. Ein schönes Beispiel ist Kirchberg am Wagram. In der Gemeinde wurden mehrere Architekturwettbewerbe ausgelobt. Der

Dorfkern wird nun von einem sehr schönen Weinverkostungsraum belebt, eine Musikschule mit Proberäumen und einem Turnsaal für die Schule komplettiert ebenfalls das Zentrum. Man spürt, dass das Dorf in seiner Eigenständigkeit wieder geschätzt und als ein lebendiger Ort wahrgenommen wird. Auch die Besonderheit der alten Baumallee wird wieder erkannt. Solche Vorbildprojekte animieren auch andere Hausbesitzer in der Gemeinde, ihre Immobilien zu sanieren.

Erfolge wie dieser sind Ergebnis eines Wettbewerbs. Allerdings kommt bei Wettbewerben das Thema zeitliche und finanzielle Investition ins Spiel. Die einreichenden Büros machen sich viel Arbeit und müssen andere Projekte für diese Zeit vernachlässigen, nur um dann möglicherweise doch leer auszugehen. Deswegen ist es wichtig, dass diese Wettbewerbe niederschwellig gehalten werden und somit auch kleine und junge Büros mitmachen können. Es sollten dabei auch keine zu detaillierten Pläne mit aufwendigen Renderings und

bautechnischen Details gefordert werden, sondern lediglich Ideen und Gedanken zeichnerisch formuliert werden. Man muss auch sehen, dass das Wettbewerbswesen für viele Büros eine wichtige Möglichkeit ist, an neue Aufträge zu kommen. Natürlich muss der Einsatz im Verhältnis stehen und Rechtssicherheit bestehen, sodass die Wettbewerbssieger auch tatsächlich den Auftrag zur Realisierung erhalten. Wenn sich die Auslober an den WSA 2010 der Bundeskammer halten, ist auch die Rechtssicherheit gegeben.

Ein weiterer Punkt für die nächsten vier Jahre ist das Thema Digitalisierung. Die Digitalisierung muss für alle Büros gleichberechtigt offenstehen. Wir werden uns für die freie Wahl der Planungsinstrumente einsetzen. Der Mehraufwand für BIM-Planungen muss abgegolten werden, die Verteilung der ökonomischen und rechtlichen Verantwortung bei der Nutzung aktueller Technologien darf nicht überproportional zulasten der Architekturschaffenden geregelt werden. •